

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

5.11.1862 (No. 260)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 5. November.

N. 260.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreis: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

## Telegramme.

**Kassel, Dienstag 4. Nov.** Die Stände nahmen in ihrer heutigen Sitzung einstimmig die von dem betreffenden Ausschuss empfangene Antwortadresse an, worin der rechts- und verfassungsmäßige Standpunkt der dermaligen Stände ruhig, aber ernst gewahrt wird.

**München, 3. Nov. (W. L. V.)** Die „Bayrische Ztg.“ hält in ihrem heutigen Leitartikel alle Zeitungsdatteln von der Berufung einer neuen Dynastie für den hellenischen Thron für unrichtig, und hebt hervor, daß die Proklamation der provisorischen Regierung nur die Absetzung des Königs und der Königin ausgespreche; von einer Thronentsetzung der bayrischen Dynastie sei in der Proklamation keine Rede.

**Wien, 3. Nov. (W. L. V.)** Der Kaiser hat heute das Finanzgesetz für 1862 sanctionirt.

**Triest, 3. Nov. (W. L. V.)** Telegrammen aus Athen vom 31. Okt. zufolge wurden die Effekten des Königs dem bayrischen Gesandten ausgefolgt.

**Turin, 3. Nov. (W. L. V.)** Auf dem rechten Po-Ufer kam es zwischen italienischen und österreichischen Soldaten zu Kintenschüssen und zu einem Handgemenge, wobei die Oesterreicher den Kürzern zogen. — Aus Toscana wird von großen Ueberschwemmungen berichtet.

**Paris, 4. Nov. (W. L. V.)** Der „Moniteur“ bringt die Ernennung des Hrn. Chaix d'Estange zum Senator.

**Buenos-Ayres, 28. Sept.** Zum Präsidenten ist General Mitre, zum Vizepräsidenten Don Marcos Paz, Ersterer einstimmig, Letzterer mit großer Mehrheit, gewählt worden.

**Triest, 2. Nov.** Die Ueberlandpost bringt aus Kabul Nachrichten vom 8. Sept. Es hatte kein weiteres Gefecht zwischen Dost Mahomed und dem Sultan Amedjan stattgefunden. Letzterer hatte die von Ersterem angebotenen Friedensbedingungen verworfen. Der persische Gesandte war mit 2000 Sowars, einem Infanteriebataillon und zwei Kanonen in Herat angekommen.

**Kanton, 26. Sept.** Ein großes Komplott ist entdeckt worden. Die Verschwornen, Anhänger der Taiping's, sollten die Stadt in Brand stecken und die Mandarinen ermorden. Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

**Changhai, 19. Sept.** Die Taiping's haben sich aufs neue zurückgezogen. In der Umgegend der Stadt herrscht Ruhe. Shenji und 25 umliegende Städte sind in die Hände der Insurgenten gefallen; die überall die Mandarinen umgebracht und jede Spur von kaiserlicher Autorität zerstört haben. Ueber die Bewegungen der zur Unterdrückung der Insurrektion ausgesandten Armee ist nichts bekannt.

## Deutschland.

**Frankfurt, 2. Nov.** Im Gegensatz gegen anderweitige Zeitungsnachrichten schreibt man der „Allgem. Ztg.“ bezüglich der Thätigkeit des Ausschusses der Bundesversammlung zur Beratung des Antrags auf Einberufung der Delegirtenversammlung: Der gedachte Ausschuss befindet sich

in unausgesetzter Thätigkeit und Berathung, sowohl was den gedachten Antrag auf Einberufung einer Delegirtenversammlung, als auch was den Antrag auf Errichtung eines Bundesgerichts betrifft. Die Berichterstattung steht in Bälde bevor. Der Ausschuss hat wiederholte Sitzungen gehalten. In einer derselben hat er unter Andern beschlossen, an die Bundesversammlung den Antrag zu stellen: „Um die Herbeischaffung des zunächst in Betracht gezogenen Materials für die Beratungen der Delegirtenversammlung nicht zu verzögern, wolle die hohe Bundesversammlung die bereits beschlossene zweite legislativische Sachmännerkommission für Obligationenrecht auf den 5. Jan. 1863 nach Dresden einberufen.“ Es ist so gar die Wahrscheinlichkeit überwiegend, daß der Ausschuss beantragen wird, die Delegirtenversammlung bereits früher einzuberufen, als die Vorlegung der vollendeten Arbeiten der beiden legislativischen Sachmännerkommissionen zu erwarten sein wird, und dieselbe inzwischen mit anderweitigen Beratungen zu beschäftigen.

**Stuttgart, 4. Nov.** Sicherm Vernehmen nach wird morgen das neue Eisenbahnansehen von 7 Millionen Gulden zu allgemeiner Subscription aufgelegt werden, und zwar zu 3 1/2 % verzinslich und zum Kurse von 98, während der neueste Frankfurter Kurs der württ. 3 1/2 % 98 3/4 steht. Es dürfte daher kein Zweifel sein, daß in wenigen Tagen die Summe gezeichnet sein wird, um so mehr, als nicht über die Hälfte davon wirklich vergeben wird, da die Staatshauptkasse über so viele Baarmittel zu verfügen hat, daß sie die andere Hälfte vorerst selbst übernehmen und die Obligationen erst dann verkaufen wird, wenn sie des Geldes bedürftig sein sollte. Insofern ist anzunehmen, daß dieser Fall kaum eintrete, und daß sie die 3 1/2 % für den Grundstock erwerben und so die eingehenden Ablösungsgelder nutzbar machen wird. — Ein großer Theil dieses Geldes, so ziemlich die Hälfte, wird allein die Erweiterung des Stuttgarter Bahnhofs verschlingen, die immer dringender geworden und trotz der großen Summen, welche allein die Erweiterung der Häuser und Gärten erfordert, nicht mehr länger aufzuschieben ist.

**Nürnberg, 2. Nov. (Nürn. Korr.)** Eine von ungefähr 200 Mitgliedern des Nürnberger Arbeiterbildungsvereins besuchte, unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Erämmer aus Doss abgehaltene Versammlung hat sich für unbedingte Gewerkefreiheit erklärt.

**Wiesbaden, 1. Nov.** Hr. Dr. Ed. Löwenthal veröffentlicht heute folgende Erklärung:

Da die Selbstständigkeit und Korrespondenz, mit der ich die „Neue Wiesbadener Zeitung“ ebenso wie die „Wiesbadener Zeitung“ fortredigirte, den Intentionen der nunmehrigen Besitzer nicht entsprach, — besonders bezüglich der jüngsten deutsch-politischen Vorgänge —, so haben sich zwischen jenen und mir Missethätigkeiten eingestellt, in Folge deren ich, wie vom nächsten Quartal an jedenfalls geschehen wäre, schon heute die „N. Wiesbad.“ nicht mehr redigirte. Das Blatt scheint in ein großdeutsches Regierungsorgan unter der Redaktion von Dr. Abt verwandelt worden zu sein.

**Wiesbaden, 3. Nov. (Südd. Ztg.)** Die Vertreter einiger zwanzig Schützenvereine, darunter diejenigen von Wiesbaden, Alzei, Worms, Gießen, Frankfurt, Mainz, Wehlar, Weiburg u. s. w., verammelten sich gestern Morgen um 11 Uhr hier im Taunus-Hotel zu einer Berathung, eventuell zur Begründung eines mittelrheinischen Schützen-

bundes. Hr. Schmidt aus Wiesbaden wurde zum Präsidenten der Versammlung, Hr. Dr. Passavant aus Frankfurt zu dessen Stellvertreter ernannt. Die äußerst lebhaften, gegen vier Stunden dauernden Debatten förderten folgendes Resultat zu Tag. Um den Verkehr mit dem allgemeinen Deutschen Schützenbunde zu erleichtern und das Büchsenchießen zu üben, wird ein mittelrheinischer Schützenbund gegründet. Derselbe hält abwechselnd mit dem deutschen Schützenfeste ein mittelrheinisches Schützenfest, mit welchem zugleich ein sogenannter Schützenstag verbunden ist, zu welchem jeder Verein bis zu 100 Mitgliedern u. s. w. einen Abgeordneten zu entsenden hat. Der Vorort zur Leitung der Geschäfte wird durch den Schützenstag bestimmt, und hat derselbe sämtliche Kosten für das Fest wie für den Bund, da Beiträge nicht bezahlt werden, zu tragen. Wiesbaden wurde durch Affirmation zum Vorort ernannt, und wird das nächste Jahr das erste Mittelrheinische Schützenfest daselbst abgehalten werden. Am Schlusse der Sitzung trat sofort der größte Theil der Abgeordneten, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer betr. Vereine, dem neugegründeten Bunde bei. Um als Mitglied dem Bunde angehören zu können, ist vor allen Dingen nöthig, selbst Mitglied des großen allgemeinen Deutschen Schützenbundes zu sein.

**Kassel, 2. Nov. (Fr. Z.)** Die von der „Nat.-Ztg.“ gebrachte Mittheilung, daß Prinz Felix v. Hohenzollern, der Gemahl der Prinzessin Alexandrine, zweiter Tochter des Kurfürsten, mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast nach Amerika entflohen sei, ist ungegründet. Der Prinz ist seit längerer Zeit in Oberitalien. Seine Gemahlin befindet sich in der Schweiz. Die Abreise des Kurfürsten von Frankfurt, die mit der angeblichen Flucht des Prinzen in Verbindung gebracht worden, hat insofern nichts Auffallendes, als der Aufenthalt des Kurfürsten in Frankfurt von vorn herein auf wenige Tage bestimmt gewesen ist. — Das den Landständen vorgelegte Wahlgesetz hat sich selbst bei den Anhängern der Oesterreichischen Vermittlung keines Wohlgefallens zu erfreuen. Daß die öffentliche Meinung dadurch nicht befriedigt worden, ist selbstverständlich.

**Braunschweig.** Die Gerüchte über ein Abkommen zwischen Hannover und Braunschweig wegen der Erbfolge Hannovers erhalten sich. Wie jetzt der „Hamburg. Bör.-S.“ aus Braunschweig geschrieben wird, soll zwischen beiden Regierungen ein geheimes, aber dem Ausschusse der Abgeordneten mitgetheiltes Abkommen abgeschlossen worden sein, durch welches die hannoversche Succession in Braunschweig gesichert, aber auch die braunschweigische Verfassung und Landeshoheit anerkannt und deren Aufrechterhaltung garantiert werde.

**Hannover, 1. Nov.** Der Verein für freies Büchsen- und Schießwesen, dem bekanntlich von Seiten der hiesigen Polizeibehörde aufgegeben war, aus seinen Statuten die Säkung zu entfernen, wozu jedes Vereinsmitglied auch Mitglied des Deutschen Schützenbundes ist, hat, der „Magdeb. Ztg.“ zufolge, nach ziemlich bewegten Verhandlungen beschlossen, dem Verlangen der Polizeibehörde nachzugeben. Eine Weigerung und das Beschreiten des Rekursweges an die Oberbehörde hätte doch Nichts gefruchtet, da die Polizei von oben her die Anweisung zu ihrem Vorgehen erhalten hatte. — Die Arbeiten der deutschen Zivil-Processordnungs-Kommission sind jetzt so weit vorgerückt, daß man sich über die allgemeinen Grundzüge, welche dem Gesetzwerk zu Grunde gelegt werden

## \*Kz. Das Erbspiel von Weiskdorf.

(Fortsetzung aus Nr. 258.)

Der Dame gingen die Augen ein ganzes Jahr nicht auf. Als die Zeit zum Obroszählen kam, wurde eine — der ersten, so wohlgegelungenen, ähnliche — Komödie aufgeführt. Der Winter war streng gewesen; die Sommerregen waren ausgeblieben; die Fäule, oder sonst dergleichen, war unter den Schweinen und dem Geflügel eingerissen; die Ernten von Acker hatten fehlerhaft; der Hungertod drohte ihnen; von den zehn Kubeln seien sie außer Stand, etwas zu bezahlen; die hochgeborene gnädigste Herrin möge selber kommen und sehen; sie möge Alles nehmen, was sie hätten, allein den Obrosz in Geld könnten sie nicht entrichten. (Von den Pferden nicht eine Sylbe!)

Wieder glückte der Kniff. Das andere Gut gewährte ja Mittel zum Leben; dieses Gut mochte mit ein wenig Geduld und Güte besser werden; so erließ denn die gute Frau nicht nur den Obrosz für das ganze Jahr, sondern setzte ihn auch für das nächste auf fünf Kubel herunter. „Nur vergiß nicht, Starost, dies ist mein Letztes. Werden die fünf Kubel Jeder nicht zu rechter Zeit bezahlt, und versammelst du die Leute wieder ohne das Geld in der Hand, so verkaufe ich das Gut und verlasse euch. Ich habe keine Lust, mich um mein Geld abzukämpfen. Ich bin gern gut gegen euch, ich muß aber leben, und ihr solltet euch schämen, daß ich mein Einkommen ganz von andern armen Leibeigenen ziehen muß, die vielleicht so arm sind, als ihr.“

Gibt man einem russischen Leibeigenen einen Zoll, so nimmt er ganz sicher eine Elle. Das nächste Jahr kam, die fünf Kubel aber blieben aus. Die Armuthskomödie wurde abermals aufgeführt, diesmal aber schickte die Gutsherrin das Gutswolf betrübt und zornig heim, zeigte das Gut zum Verkauf an, und verkaufte es auch, wie sie gedroht hatte. Sämmtliche pferdehändlerische „Seelen“ auf ihm, ihre Weiber und Kinder, Pferde und Vieh, Hab' und Gut, wurden das

Eigenthum eines gewissen Gospodin [Herr] Popoff, der den größten Theil seines Lebens im Regierungsdienst mit einem monatlichen Gehalt von fünf-hundert bis sechzig Rubel zugebracht und es möglich gemacht hatte, mit dreihundert Rubel auszukommen und so viel Geld zu ersparen, um das Weisse Dorf für zwanzigtausend Rubel zu kaufen.

Herr Hansen — der Verwalter, den Frau von Obroszoff aus ihren Diensten gehen ließ — wurde von Gospodin Popoff angestellt; denn dieser Verwalter hatte das Gut immer seitdem im Auge behalten, wußte nun mehr von seinen Leistungsfähigkeiten, und vergaß dem verschmigten alten Starosten nicht, daß er ihn überlistet und fortgetrieben hatte.

Gleich seine erste Maßregel zeigte, wessen man sich jetzt zu versehen hatte. Der weißhaarige Gemeindevater und zwanzig seiner vornehmsten Bauern wurden bei ihrer ersten Wiederholung der Armuthskomödie gepakt und empfingen eine sehr freigebige Tracht Prügeln. Des Stanowoi's Leute ließen den Stroh einen ganzen halben Tag nicht ruhen und bekamen gute Bezahlung für dessen tüchtige Handhabung, während Herr Hansen wohlgefällig lächelte. Mit diesem Anfang hatte sich das Blatt gewendet, und wendete sich zu immer schlimmerem. An jeden Leibeigenen wurde ein dreijähriger Rückstand an Obrosz, Freispaßgeld und Steuern, in hohem Ansaß, gefordert. Er folgte die Zahlung nicht auf der Stelle, so wurden die heimlichen Geschäfte und die sichtbareren Habseligkeiten jeder Art ohne Barmherzigkeit in Beschlag genommen und verkauft. Das Dorf durstete die Bauern nicht verlassen, sondern wurden zur Arbeit auf die Felder hinausgetrieben. Da sie sich vorher mit nicht als dem Pferdehandel abgegeben hatten, so fehlte es ihnen jetzt fast ganz an dem zum Leben notwendigen Erzeugnissen. Die Alten und Gebrechlichen mußten Holz hacken für den Verwalter, die Kinder Eicheln sammeln und Straßschnecken in den Waldungen für seine Kühe und Schweine; seine Scheunen, Ställe und Vorrathshäuser wurden immer voller, und die der Bauern immer leerer. Er nahm täglich immer runder

zu, während sie immer magerer und hagerer und hungeriger zusammengingen.

Der Gutskaufpreis war bereits herabgeschlagen; Das genügte aber Herrn Hansen und seinem Prinzipal nicht. Sie hatten noch kein Geld gefunden; und Geld in klingender Münze mußte irgendwo herden. Hausfuchungen waren vorgenommen, die Schränke der Hütten ausgegraben, alle Orte und Stellen, wo nur ein solcher Fund sich erwarten ließ, durchsucht worden, aber umsonst. Endlich gab ein Jude — einer jener auf Beute strehenden horstigen schmalen Gesellen, die Schmutzfächeln, huntebräunte Zeuge, Hücher und Geld, zum Austausch gegen Korn, Flachs, Federn und andere Bauernzeugnisse mit einem Profit von so ein acht-hundert Prozent führen — Herr Hansen gegen einen Gewinntheil an dem zu findenden Geld einen Wink. Die geeigneten Maßregeln wurden ergriffen und eines Tags den Bauern auch noch ihr Regies, ihr Respekt, ihr Bestehen, genommen. Wo die harten Rubel gefunden wurden, und wie viel ihrer, wurde mir nicht gesagt, wohl aber, daß ein erstellicher Betrag solcher Silberstücke, in die eiserne Geldkiste im bestverwahrten Zimmer des Verwalters Haus abgeführt wurde. Die Bauern waren jetzt tausendmal ärmer, als sie jemals der gütigen Generalin hatten vorpiegeln wollen. . . .

Das nun Folgende von der Geschichte habe ich theils von dem alten Starosten, wie er an einer Schußwunde sterbend in seiner Hütte lag, theils von Lucie Murray aus späterer Zeit —

Eines Abends fanden vier Männer am Ende einer Hütte und schüttelten etwas in einem Filzhut. Einer von ihnen steckte die Hand hinein und zog; er sagte das Gezeugene, und abermals wurde gezogen. Dann trennten sich die Vier und schlugen verschiedne Wege durch das Dorf ein, wobei sie an jeder Thür still ein paar Worte sagten. Es war eine kalte, klare Nacht, halb nach der Dämmerung, und der Mond war an einem fast wolkenlosen Himmel aufgegangen. Gerade wie der alte Starost an des Verwalters Thor vorüberging, traf er die kleine Lucie Murray, die hinein wollte. (Schluß folgt.)

folten, vollständig gereinigt hat. Die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sind dabei in den Vordergrund gestellt. Längere Verhandlungen wurden über den Umfang der Theilnahme gepflogen, welche man der Staatsanwaltschaft an dem Verfahren im Zivilprozeß einräumen dürfe; andererseits war man geneigt, diese Theilnahme nach Möglichkeit, und mehr als es in der hannoverschen Prozeßordnung geschehen ist, zu beschränken.

Die Katechismuskonferenz in Herrenhausen soll nach der „Tagespost“ zu Gunsten des alten Katechismus ausgefallen sein; doch soll eine Kommission niedergesetzt werden, die unter Zugrundelegung des alten Katechismus einen neuen bearbeitet. Die geistlichen Konsistorialräthe, so vernehmen wir, haben den neuen Katechismus nicht aufgeben wollen, die Stimmen der weltlichen aber den Sieg davongetragen.

**Hamburg, 2. Nov.** Man schreibt der „Hess. Post-Ztg.“: „Aus Schleswig erfahren wir, trotz des Schweigens, welches die dänische Presse beobachtet, daß während der letzten großen Manöver ein heftiger Kampf zwischen dänischen Dragonern und schleswig-holsteinischen Soldaten stattgefunden hat, in welchem zwei Dänen getödtet und fünfzehn schwer verwundet wurden. Aus Furcht vor größeren und ernstlicheren Konflikten wurde ein aus lauter Schleswig-Holsteinern bestehendes Bataillon nicht zum Manöver herbeigezogen. Auch in Korsör, einer kleinen Stadt auf Seeland, ist es zum erbitterten Kampf zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Soldaten gekommen, und eine große Anzahl Verwundeter von beiden Seiten hat in das Lazareth gebracht werden müssen.“

**Berlin, 30. Okt.** Ueber die Tendenzen des feudalen „Volkvereins“, insbesondere über die Art, wie er die Ergebnisse der Adressen und Deputationen zu Stande bringt, gibt ein Zirkular, das die „Trier. Ztg.“ veröffentlicht, Aufklärung. Der Eingang desselben lautet, wie folgt:

„Gehre Herren! Die jüngste heilsame Wendung der Geschichte unseres Vaterlandes, die Weisheit und Kraft, mit der Sr. Maj. der König im entscheidenden Augenblick das Land vor den erneuerten Bestrebungen der Umhurzpartei gerettet haben, jener Partei, welche, die alten Tendenzen von 1848 mit Zähigkeit verfolgend, dieses Mal in geschickter und desto gefährlicherer Weise operirte: mit einer durch Volksfäulung und Wählererei erkünstelten Majorität des Abgeordnetenhauses, statt der Barrikaden; mit der Entwaffnung unserer glorreichen Armee, statt mit deren Befähigung; mit der Herbeiführung einer parlamentarischen Regierung, statt des offenen Angriffes auf das Königthum; mit der Bildung einer Revolutionsarmee unter dem Schilde des Vereinsrechts, statt mit Zeugnispflünderungen; mit der Revolutionirung des Volks durch die Presse, statt mit Festsitzverfammlungen und Demonstrationen — sie legen der konservativen Partei die doppelte Pflicht des entschiedensten Widerstandes und des offenen, männlichen und energischen Vortretens zur Unterstützung der königlichen Regierung auf.“

Im Verlauf des Schreibens heißt es sodann weiter:

„Dringend gebeten erscheint es, daß die konservative Partei aus allen Theilen des Landes sich beilegt, Sr. Majestät unserm allergnädigsten König den Dank und die Zustimmung des Landes zu den ergriffenen Maßregeln durch Adressen zu sagen. Diese Adressen werden am zweckmäßigsten durch mehr oder weniger zahlreiche Deputationen zu überreichen sein. Der bekannte huldreiche Empfang, den die schon eingetretene Deputationen gefunden haben, ist Würde auch für die weitere wohlwollende Aufnahme. Wir empfehlen, die Mitglieder dieser Deputationen in sorgfältiger, dem hohen Zwecke entsprechender Auswahl möglichst, selbst ohne Beschränkung auf Mitglieder des Volkvereins, aus allen Ständen zu entnehmen, namentlich auch Handwerker und Landleute nicht darin fehlen zu lassen. Es kann sich natürlich nicht empfehlen, die Adressen nach einer und derselben Form abzufassen, und wir bitten daher Ew. Ex. für deren entsprechende, möglichst kurze und prägnante Stylisirung Sorge zu tragen, indem wir nur folgende Punkte anheimzugeben, auf welche ein besonderer Nachdruck zu legen sein wird: 1) Der Dank des Landes, daß Sr. Majestät die Ehre und Wahrung der Verfassung durch die große Schöpfung der Armeereorganisation gesichert, die Wehrkraft des Landes erhöht, die allgemeine Dienstpflicht zu einer Wahrheit gemacht, und die Familienräthe, sowie die Gemeinden durch zweckmäßige Änderungen von dem bisherigen Druck der Landwehr-Verpflichtung befreit haben; 2) die Bitte, dieses große Werk unter seinen Umständen den Anseindungen der revolutionären, ihrer Zwecke halber damit unzufriedenen Partei zu opfern; 3) die Bitte, dem preussischen Volke und dem preussischen Vaterlande in der Festhaltung unserer alten Traditionen und Institutionen den wohlbegründeten Stolz und das edle Selbstgefühl, diese Würdigkeiten seiner Größe, zu bewahren; darum 4) kräftiges Festhalten der königlichen Würdigkeiten und Autorität in jeder Richtung und auf allen Gebieten; 5) Bitte um fernem Schutz und Kräftigung der christlichen Fundamente unseres Staats, des Handwerks, des Grundbesitzes und jeder ehrlichen Arbeit.“

**Berlin, 2. Nov.** (Köln. Ztg.) Vorgestern hat Hr. Prince-Smith bei einem Ehrenfeste, das seine Wähler in Stettin ihm vereitet hatten, es einmal offen ausgesprochen, wie sehr die Lösung der Militärfrage und des ganzen gegenwärtigen Verfassungskonflikts erschwert und verbittert wird durch die Ausfaat politischen Mißtrauens, welche die neuen Feudalabsolutisten schon seit 1858 mit nur allzu viel Erfolg dem Könige ins Herz zu werfen bemüht sind. Der ganze Gegensatz von Königsmacht und Macht der Volksvertretung sei eine Erwidung des feudalen Sonderinteresses; beide haben ihre wahre Macht in ihrer beiderseitigen Einigkeit und natürlichen Untertrennlichkeit. Diese Erkenntnis haben die bei einem noch kräftigeren Zusammenwachsen von Nation und Krone gefährdeten Vorrechte seit Jahren zu verdunkeln gesucht, und mit ihren Adressen und Deputationen sind sie gerade jetzt eifriger in dieser unseligen Arbeit, als je zuvor. So sei es so weit gekommen, daß die Regierung sich eingegeben, die Volksvertretung gebrauchte ihr Streben nach Ausbau der Verfassung und Geltendmachung der verfassungsmäßigen Volksrechte nur als Deckmantel für das Streben, die Rechte der Krone zu beeinträchtigen, und daß dieser verdeckte Zweck der eigentliche Hauptzweck sei. Dieser Auffassung entsprechend, hat die Regierung von maßgebendster Stelle aus erklärt, daß auch sie bei der Heeresumformung neben dem Zwecke verstärkter Wehrkraft nach außen einen zweiten, auf das Innere zielenden Zweck im Auge habe. Sie hat nämlich erklärt, daß die aus der Reorganisation hervorgegangene

feste Gliederung des stehenden Heeres, im Gegensatz zu einem sogenannten Volksheere, dazu gehöre, die von den Vorfahren überkommenen Rechte der Krone unverfehrt zu erhalten.“

Hr. Prince-Smith sagt nun weiter: „Wenn, meine Herren, die Landesvertretung und die Regierung die Militärfrage aus einem und demselben Gesichtspunkt prüften, so wäre eine Einigung nicht schwer. Wenn aber die Landesvertretung nur das eine Ziel vor Augen hat — nämlich, mit geringster Vermehrung der Dienstaften und Geldopfer größte Sicherheit gegen außen, — die Regierung aber einen zweiten Zweck dabei verfolgt, so ist die Einigung um so schwerer, als die Landesvertretung es schlechterdings nicht vermag, diesen zweiten Zweck zu theilen, — sie vermag nicht zu erfassen, daß die preussische Krone jetzt einer neuen Stütze bedürfen sollte, neben der alten Anhänglichkeit aller Preußen für das ererbte Königshaus und neben dem neuen unverbrüchlichen Schutz der vollen königlichen Prerogative durch die Verfassungsbestimmungen; noch weniger vermag sie zu erfassen, wie eine Krone gestützt werden sollte durch empfindliche Vermehrung der Volkslasten. Die Krone, meine Herren, ist Trägerin der Gewalt; aber getragen wird sie nicht durch Gewaltmittel, sondern durch Jedermanns dringendes Interesse an einer einheitlichen, starken Vertretung gelegmäßiger Ordnung und Jedermanns Genüge an einer glanzvollen Vertretung der Nation; und das nächste Interesse an einer kräftigen Ausführungsgewalt für erlassene Gesetze hat doch selbstverständlich ein gesetzgebender Körper; darum ist der von der Regierung öffentlich hervorgehobene Gegensatz zwischen königlichem Regiment und sogenannter parlamentarischer Regierung eben so unbegründet, als die Redensart vom Verrücken des Schwerpunktes der Macht, welche die Majorität des Abgeordnetenhauses bei so vielen Gelegenheiten seitens der Regierung betonen hören mußte. ... Aber der Konflikt, fragen Sie endlich, wie soll der gelöst werden? Doch vermuthlich wie jeder Konflikt, der friedlich verläuft, gelöst wird, — nämlich durch das Nachgeben Desjenigen, dem es bei der verschobenen Lage am wenigsten behaglich zu Muthe ist, der also am wenigsten lange dabei aushalten kann. Wir kommt die Lage der Dinge etwa so vor, als wären Wähler und Abgeordnete sicher unter Dach und Fach innerhalb des Verfassungsgebüdes, während die Regierung bei ihrem reorganisirten Heere draußen im Bivouak läge. Dies wird ihr auf die Dauer doch nicht behagen, sie wird endlich auch unter Dach ruhig schlafen wollen; sie wird kommen und antworten, — und sobald sie das thut, wird man ihr die Flügel weit öffnen, denn für die Regierung sind ja die schönsten Räume des Verfassungsgebüdes hergerichtet worden.“

Constitutioneller Verfall unterbrach die Rede an zahlreichen Stellen und folgte ihrem Schluß.

Das kriegsgerichtliche Erkenntnis gegen die Graudenz er Kompanie ist jetzt auf Befehl des Königs „als warnendes Beispiel“ der Armee bekannt gemacht worden. — Darnach sind auch Unteroffiziere und Mannschaften wegen absichtlicher und Einzeln wegen fahrlässiger Unterlassung der Anzeige der Meuterei, und zwar ein Unteroffizier sogar mit 12 Jahren bestraft worden.

Der Generalintendant Hr. v. Hülse widerlegt die Zeitungsnachricht, daß Sr. Maj. der König nicht gestattet habe, im nächsten Winter wieder Subskriptionsbälle im f. Opernhause zu geben. — Der Abgeordnete Regierungsrath Haack, Deichregulirungs-Kommissar für den Regierungsbezirk Breslau, ist laut „Schlesischer Zeitung“, von Breslau als etatsmäßiger Regierungsrath nach Gumbinnen verlegt worden.

**Magdeburg, 1. Nov.** Die „Magdeb. Ztg.“ ist seit heute in dem Herzogthum Anhalt-Bernburg verboten.

**Wien, 3. Nov.** Das Abgeordnetenhaus hat heute die Debatte über das Vergleichsverfahren begonnen. Der Ausschuß (Berichterstatter v. d. Straß) stellt folgende Anträge: 1) Das Haus wolle den von ihm redigirten Gesetzentwurf annehmen, oder wenn derselbe nicht angenommen werden sollte, auf den Antrag des Abg. Brosche zurückgehen und das Vergleichsverfahren gänzlich aufheben, jedenfalls aber die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung schon in der nächsten Session ein neues Konkursgesetz einbringen werde. Gegen die Anträge sprechen Reichl und Mendel. Letzterer bringt einen Antrag ein, daß der Gesetzentwurf an den Ausschuß zurückverwiesen und dieser aufgefordert werde, eine Novelle zur Konkursordnung auszuarbeiten, welche die Hauptvorzüge des Vergleichsverfahrens mitenthaltend solle. Minister Laffer macht auf die Unerheblichkeit des Unterschiedes aufmerksam, der zwischen dem Antrage Mendel's und der Regierungsvorlage besteht, wiederholt jedoch die Erklärung, daß er in allen rein technischen Fragen dem Hause vollständig freie Hand lasse. Nachdem noch die Abgg. Kaiser, Mandelblith und v. der Straß in verschiedenem Sinn gesprochen, wird die allgemeine Diskussion geschlossen.

Die offiziöse „Prag. Ztg.“ glaubt versichern zu können, daß die Organisation der gerichtlichen und politischen Verwaltung in den Kronländern näher gerückt ist, als man im Allgemeinen erwartet. „Die Grundzüge, auf welchen insbesondere der gerichtliche Verfassungsbaue des konstitutionellen Oesterreichs ruhen soll, haben sich in der letzten Zeit bedeutend abgeklärt, und es dürfte das mündliche Verfahren im Straß- und Zivilprozeß — in letzterem wesentlich nach dem der Muster der hannoverschen Zivilprozeß-Ordnung — auf breiter Basis zur Durchführung gelangen.“

**Italien.**

**Genua, 31. Okt.** Der „Movimento“ meldet, daß der König Ludwig von Bayern am Tage vorher in Civita-Vecchia angekommen ist und an demselben Tag noch seine Reise nach Mailand fortgesetzt.

Dasselbe Blatt theilt in einer Beilage Folgendes mit: Spezzia, 31. Okt., 3 Uhr Nachmittags. Die Konsultation verweist jede ernsthafte Operation. Man hat mehrere falsche Bulletins veröffentlicht; die echten tragen die Unterschriften der Unterzeichneten. Der Zustand des Kranken bessert sich. — (ges.) Ripari, Basile, Albanese.

**Frankreich.**

**Paris, 3. Nov.** Der „France“ zufolge hat der Kaiser in der gestrigen Audienz dem Hr. v. Bismarck die Insignien des Großkreuzes der Ehrenlegion überreicht, — eine

um so schmeichelhaftere Auszeichnung, als sie gewöhnlich nur den Botschaftern zu Theil werde, während doch Hr. v. Bismarck nur außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister gewesen sei, und diese Diplomaten in der Regel nur das Großoffizierskreuz erhielten. Im Einverständnis mit Frankreich wird Preußen ferner durch den Prinzen von Reuß als Geschäftsträger hier vertreten werden, bis die Abstimung über das Budget der preussischen Regierung gestattet, einen Botschafter am hiesigen Hofe zu ernennen. Der Kaiser hatte Hr. v. Bismarck auf einige Tage nach Compiègne eingeladen, dieser jedoch, weil er schon zu einer königl. Jagd vorher eingeladen war, abgelehnt.

Hr. v. Nigra widerlegt in einem Schreiben an die „France“ deren Nachricht, „er habe Hr. Drouyn de Lhuys das Verdauern des Turiner Kabinet's darüber ausgedrückt, daß die Zirkularnote Durando's Frankreich zugegangen sei.“ Die „France“ spricht darauf hin die Meinung aus, diese Note, welche von Frankreich die Räumung Roms verlange, werde jedenfalls wieder zurückgezogen werden. Gleichzeitig vernimmt das genannte Blatt, daß die französische Regierung über die römische Angelegenheit eine Note nach Turin gesandt habe. Dieselbe werde wohl der Ausgangspunkt einer Unterhandlung sein, „welche die Zirkulardepeche des Generals Durando vollkommen bei Seite liegen lassen würde.“ Graf Massignac ist beauftragt worden, die Note des Hr. Drouyn de Lhuys dem Turiner Kabinet zu überreichen.

Graf Sartiges reist morgen nach dem Haag, um sich zu verabschieden, und kommt dann wieder hierher. Vor der zweiten Hälfte des Novembers geht er nicht nach Turin.

Die Prinzessin Mathilde ist heute nach Compiègne gereist, wo sie acht Tage verweilen wird. Der Prinz und die Prinzessin Napoleon sind gestern über Havre zurückgekommen. Am Tage vor ihrer Abfahrt in England stattete ihnen Lord Palmerston an Bord ihrer Yacht einen Besuch ab.

Wie die „Patrie“ meldet, hat Carl J. Russell ein ausschließlich die griechische Angelegenheit behandelndes Rundschreiben an die englischen Agenten im Ausland gerichtet. — Der „Opin. nat.“ zufolge sind zwei Abgeordnete der provisorischen Regierung von Athen in Spezia angekommen, um sich direkt nach dem Befinden Garibaldi's zu erkundigen und ihm die Wünsche der griechischen Nation für seine baldige Wiederherstellung zu überbringen. — Hr. v. Mosbourg, erster Gesandtschaftssekretär in Wien, verläßt heute Abend Paris, um sich an seinen Posten zu begeben. — 3proz. 70.80. Dst 558.75. Ital. Anl. 72.55.

**Belgien.**

**Brüssel, 1. Nov.** (Fr. Z.) König Leopold ist seit kurzem wieder leidend; die Minister glauben daher nicht, daß eine feierliche Eröffnung der Session am 11. November stattfinden könne. Die Thronrede wird daher auch ausfallen. — Nach Allem, was wir vernehmen, bezieht der Graf v. Flanndern wenig Lust, die Krone Griechenlands anzunehmen, selbst wenn man sie ihm anbieten würde. — Der Justizminister Tsch ist von dem fortwährenden Leiden seiner kranken Gemahlin so angegriffen, daß er seinen Kollegen gegenüber bereits den Wunsch geäußert, sein Portefeuille niederzulegen. Da aber das Ministerium schwerlich diesen ausgezeichneten Juristen und Redner erlegen könnte, so wird Hr. Tsch wohl den Vorstellungen seiner politischen Freunde nachgeben und auf seinem Posten verharren.

**Niederlande.**

**Haag, 31. Okt.** (Köln. Ztg.) Zufolge einer an die Kammer gerichteten Zuschrift des Marineministers hat die Regierung ihren Entwurf, durch welchen sie noch für das laufende Jahr einen Kredit von 1,400,000 Gulden zur Panzerbekleidung der Kriegsschiffe verlangte, zurückgezogen. Die mit Unteruchung dieser Angelegenheit betraute Kommission ist darauf ihres Amtes entbunden worden. — Die Jagdunbarkeiten auf Schloß Voo sind beendet und der König ist heute in die Residenz zurückgekehrt.

**Türkei.**

„Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Sultan auf den Bericht Omer Pascha's über die in der Herzegovina und in Montenegro herrschende Noth — eine traurige Folge der durch fremde Einflüsse herbeigeführten blutigen Kämpfe — sofort den Befehl ertheilt hat, sowohl nach der Herzegovina als nach Montenegro beträchtliche Verbände an Lebensmitteln zu senden und sie unentgeltlich zu verteilen. Mehrere dieser Sendungen sind bereits am Orte ihrer Bestimmung angelangt, und hat dieser Beweis der Großmuth des Sultans sowohl in der Herzegovina, als in Montenegro einen tiefen Eindruck hervorgebracht.“

**Griechenland.**

Griechische Präntentionen. Die „Köln. Zeitung“ schreibt über die griechischen Eroberungsgelüste:

Niemand kann den Griechen verdenken, daß auch sie, dem Zug der Zeit folgend, die Ansprüche ihrer Nationalität geltend zu machen wünschen. Es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn sie nach einer gewissen Erweiterung ihrer Grenzen, entsprechend der Ausbreitung des griechischen Stammes, verlangten. Aber diese Ausdehnung würde hiernach ziemlich bedeutend sein. Die Griechen steigern ihre Ansprüche ins Endlose. Ohne zu bedenken, daß sie selbst in der europäischen Türkei einer der schwächsten Volksstämme sind, wollen sie über alle übrigen herrschen, und betrachten sich als die Nachfolger des byzantinischen Kaiserthums, indem sie in wahrhaft lächerlicher Weise alle Volksstämme, die sich zur griechischen Religion oder auch nur zum Christenthum bekennen, als sich gleichartig, als nach ihrer Hegemonie lüsten, ansehen. Das ist grundbaltig, die einzelnen Volksstämme verschiedener Abstammung und verschiedenen Glaubens hätten sich unter einander herzlicher, als sie die Türken hassen, besonders seit der vielbesprochene „Druck“ so ziemlich ausgeübt hat. Die Griechen sind vom byzantinischen Kaiserthum so weit entfernt wie vom Mond“, sagt Taylor mit Recht. Nichtsdestoweniger wollten sie zur Verwirklichung dieser Chimäre 1854 ohne Rücksicht auf die Wünsche und Bedürfnisse Europa's über die Türkei herfallen, und so Ausland in die Hände arbeiten. Nach den Erfahrungen, welche der König damals machen mußte, wo England und Frankreich sein Land besetzten, ist ihm nicht zu verden-

ten gewesen, wenn er in diesem Jahr den Vorstellungen und Abmachungen der Diplomatie, namentlich Englands und Oesterreichs, mehr Gehör schenkte. Aber gerade dadurch verdarb er es mit den Griechen. Unter den Beschwerden der Aufständischen steht oben an, daß König Otto sich nicht für die Vergrößerung des Landes bemüht habe. Gleich die ersten Nachrichten deuten darauf, daß die Griechen, jetzt ihre eigenen Herrschaftsprinzipien über die türkische Grenze zu setzen, und Thessalien, Epirus, Aegypten u. s. w. sich anzueignen wünschen.

**Athen, 25. Okt.** Der Pariser „Moniteur“ veröffentlicht über die Vorgänge in Griechenland folgende „Privatmittheilung“: Die Revolution, welche so eben den Thron des Königs Otto umstürzte, fand inmitten einer Ruhezeit, welche beweist, wie wenig Haß während einer dreißigjährigen Regierung sich gegen diesen Souverän erhob, aber auch von welcher geringen Sympathie er umgeben war. Er mußte das Land nicht nach einer blutigen Insurrektion verlassen; der König reiste ab, — sein Thron stürzte ein. Es ist bemerkenswerth, daß Ihre Majestäten im Augenblick ihrer Abreise nach dem Peloponnes durch den wärmsten Beifall begrüßt wurden; ihr Gefolge war zahlreich; für einen uninteressirten Beobachter, welcher die Gefühle des Landes nicht kannte, konnte Nichts eine so nahe stehende Revolution andeuten. Am Abend vom 12. verließ die Fregatte „Amalia“ den Piräus. Von da an hatte man vom König keine Nachricht mehr. Die Telegraphendrähte waren zerstört worden. Die Revolution hatte begonnen. In Athen jedoch war Alles ruhig. Das Signal zum Aufbruch war in den Provinzen gegeben worden. Bald erfuhr man die Einsetzung einer provisorischen Regierung zu Patras. Am 22. fing die Agitation in der Hauptstadt an. Einige Offiziere bemüht sich, die Truppen gegen die Insurgenten zu führen; doch diese fielen ab und fraternisirten mit dem Volke. Es gibt Sieger, man sieht keine Besiegte. In diesem Augenblick signalisirt man die Fregatte „Amalia“, der König weiß Nichts. Admiral Touchard hat die peinliche Aufgabe, J. M. von der wahren Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen. Bald stellt sich eine Abordnung der provisorischen Regierung von Athen ein, um dem König seine Entsetzung anzugeben. Genöthigt, der Evidenz der Thatfachen zu weichen, entschloß sich der König Johann, die Fregatte „Amalia“ zu verlassen, und schiffte sich an Bord der englischen Korvette „Scylla“ ein. Das Aufschiff „la Vierge“ wurde vom Admiral Touchard angewiesen, den König in sein Exil zu geleiten, und beide Fahrzeuge verließen die Bucht von Salamis in der Nacht vom 24.

Der „Temps“ schreibt: Unsere Privatnachrichten aus Athen sagen fast nichts von den königl. Kandidaturen. Wir bemerken jedoch darin ein Wort über die guten Beziehungen, welche der italienische Gesandte, Hr. Mamiani, mit den Häuptern der Revolution angeknüpft hat. Man verspricht uns für die nächste Post ein ganzes Gemälde bereits eingefädelter Intriguen.

### Baden.

St. Pforzheim, 3. Nov. Wie meine gestrige kurze Mittheilung schon besagte, war die am Sonntag hier und zwar in der hübsch verzierten Rathshalle stattgehabte größere Versammlung von hiesigen und auswärtigen Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins sehr stark besucht. Von Mitgliedern des Zentralausschusses, sowie von sonstigen hervorragenden Mitgliedern und Freunden des Vereins hatten sich eingefunden: die H. v. R o s a u u von Heidelberg, Geh. Rath W e l d e r von da, Obergerichtsadvokat Dr. G e l l e r von Mannheim, die Rechtsanwälte B u s c h und L e v i n g e r, sowie Professor G e a r d t von Karlsruhe, dann aus dem benachbarten Württemberg die H. Rechtskonsulent S e e g e r von Stuttgart und G e o r g i von Göttingen. Vertreten waren fast alle badischen Gemeinden, in denen der Nationalverein Mitglieder zählt. Von auswärtigen Städten waren Mitglieder von Stuttgart, Rannstadt, Göttingen, Frankfurt und Hesse-Kassel anwesend.

Die Sitzung wurde bald nach 2 Uhr durch das Ausschussmitglied des hiesigen Alltagsvereins, Hr. Kaufmann R o h r e d, mit einer entsprechenden Rede eröffnet, worauf auf dessen Vorschlag das anwesende Mitglied des Generalausschusses, Hr. v. R o s a u u, durch Altkammation zum Vorsitz berufen wurde. Derselbe leitete die Verhandlungen mit einem Gruß an die Pforzheimer Nationalvereins-Mitglieder ein. Er hob die zahlreiche Betheiligung der hiesigen Stadt an der nationalen Sache hervor, betonte, wie sehr dieses auch anderwärts der Nachahmung bedürfe, zumal der Nationalverein nicht bloß die Verfolgung mancher Regierungen, z. B. der besondern Württembergischen, zu erleiden, sondern auch einer mächtigen Gegenpartei entgegenzuwirken habe, einer Partei, die sich durch Entschlossenheit, Thätigkeit und große Geschäftlichkeit in ihren Bemühungen auszeichnet. Diese verlässliche die Meinungen des Volkes, wie gerade jetzt in Preußen; es sei daher dringend geboten, daß der Nationalverein in seinen Bestrebungen entschlossen vorangehe. Der Vorschlag brachte alsdann den ersten Punkt der Verhandlung zur Sprache, nämlich den Anschluß an den Beschluß, den die Generalversammlung des Nationalvereins-Ausschusses in Koblenz bezüglich der Gültigkeit der Reichsverfassung vom Jahr 1849 gefaßt hatte.

Rechtsanwalt B u s c h las auf Einladung des Präsidenten diesen Beschluß vor, dahin gehend, daß die Reichsverfassung sammt Grundrechten und dem Wahlgesetz, wie sie von der Nationalversammlung im Jahr 1849 beschlossen wurden, zu Recht bestehen und darum mit allen Kräften zu erzwingen seien.

Darauf besieg Dr. Geh. Rath W e l d e r die Rednerbühne und begann mit einem „Gülden“ an die Männer des Nationalvereins in Pforzheim. Der Inhalt seiner ausführlichen Rede betraf zunächst die Vergleichung dessen, was der Nationalverein will, mit dem, was die Männer der „großdeutschen Partei“, die getagt haben, kürzlich in Frankfurt anstrebten. Diese sagen, sie seien in ihren Bestrebungen praktischer, da sie die m ö g l i c h e n Reformen erwirken wollen; allein die Verwirklichung ihres Programms sei gegen alle eigentliche Reform, indem schon das Fundament, das sie legen wollen, ein ganz unsicheres sei, da es sich auf den deutschen Bundesstag stütze, der doch im Jahr 1848 in aller Form aufgelöst wurde; auch könne eine aus bloßen Beratern zusammengesetzte Delegirtenversammlung nie die berechtigten Wünsche des deutschen Volkes nach einem freigesprochenen Parlament befriedigen. Das, was die Großdeutschen bieten, sei im Gegentheil sehr unpraktisch, und es würden die Regierungen selbst sich hüten, der Nation Aehnliches zu bieten. Die andere Partei sei dann namentlich auch darin unpraktisch, da sie nicht angebe, wie die Frage bezüglich Oesterreichs zu lösen sei. Soll

ganz Oesterreich mit seinen Magyaren, Kroaten u. s. f. sich Deutschland anschließen? Soll Oesterreich seine Februarverfassung aufheben oder nicht? Und im letztern Falle, soll Oesterreich und damit auch das übrige Deutschland sich, wie es kommen könnte, einem fremden Parlamente, dem österreichischen nämlich, das zu 2/3 bis 3/4 nicht deutsch ist, unterwerfen? — Im weitern Verlauf hob der Redner dann namentlich die N e t s e b e s t ä n d i g k e i t der deutschen Reichsverfassung vom Jahr 1849 hervor. Die deutsche Nationalversammlung sei zur Aufstellung der Verfassung berufen worden; der König von Preußen habe der Nationalversammlung selbst das Zeugnis gegeben, daß sie die Throne gerettet habe; sie habe in vollem Rechte die Verfassung geschaffen; die Regierungen haben zu allen ihren Verhandlungen geschwiegen; ja es sei ihnen selbst der Verfassungsentwurf vor der letzten Sitzung mitgeteilt worden, und alle, mit Ausnahme Oesterreichs, hätten denselben wieder mit ihren Bemerkungen zurückgegeben. Nirgends bestrebe eine auf rechtlicherem Wege zu Stande gekommene Verfassung, wie namentlich eine Vergleichung mit der Geschichte anderer Länder, z. B. Englands, beweise. Bei Schaffung dieser Verfassung seien auch alle Verhältnisse gehörig erwogen worden und sei dieselbe auch dort, wo sie es bedürfe, wie jetzt bezüglich des Reichsoberhauptes, einer Revision fähig.

Obergerichtsadvokat G e l l e r sprach nun über die „Grundrechte“ des deutschen Volks. Derselbe berührte übersichtlich den Inhalt dieses Theils der Reichsverfassung, welcher die Rechte des Einzelnen, wie der Gemeinden und Staaten betreffe, und welcher die Normen für die einzelnen Landesverfassungen abgeben soll. Der Redner suchte die Berechtigung des deutschen Volks zu diesen Grundrechten nachzuweisen, und bezog sich dabei auf verschiedene Analogien der Völkergeschichte, z. B. auf die magna charta der Engländer, die Forderungen der Bauern in den Bauernkriegen, die Erklärung der Menschenrechte in Nordamerika und in Frankreich im vorigen Jahrhundert u. s. f. Es seien also die Grundrechte keine nebelhaften Theorien, sondern sie seien der Geschichte und der Wissenschaft entwachsen, und ihre Aufstellung enthalte das, was die besten Kräfte der Nation geschaffen haben. Ein großer Theil der Grundrechte sei auch schon in einzelne Landesverfassungen aufgenommen; allein für die vollständige Durchführung bedürfe es eines Parlaments, darum soll dieses mit allen Kräften erzwingt werden.

Rechtskonsulent S e e g e r von Stuttgart ergriff hierauf das Wort und äußerte sich zunächst darüber, daß wir uns jetzt doch wieder an das Jahr 1848 und das, was damals erregt wurde, erinnern dürfen. Nunmehr seien wir wieder in einer Zeit, wo es bei uns keine Reaktionen mehr gebe; Jeder wolle liberal, zum mindesten konservativ-liberal sein. Redner ging sodann über auf den Vorwurf, den die sog. Großdeutschen den Anhängern des Nationalvereins machten, daß nämlich diese kein eigentliches Programm haben, und begreute diesem Einwande mit der Frage, was denn die Großdeutschen in Frankfurt geschaffen haben? Und ob jemals aus einem größeren Berge eine kleinere Maus herausgegangen sei, als eben in Frankfurt? Die Frankfurter Herren wollen dem Volk Steine statt Brod geben. Ein Bediensteter gehöre aber auch ihnen, das nämlich, daß auch sie eine Reform für nöthig erklärt haben; das habe Gewicht. Im Verlauf citirte der Redner dann mehrere Aeußerungen vom Jahr 1848, z. B. jenes, worin der Bundestag die Nationalversammlung begrüßte und dann das provisorische Reichsoberhaupt, den Reichsoberweser, anerkannte, indem er seine Funktionen als beendigt erklärte und seine Auflösung ansprach. Er leitete davon ebenfalls, wie die Vorredner, die volle Berechtigung der Nationalversammlung, sowie der von ihr geschaffenen Verfassung ab. Was den Anspruch der Großdeutschen: „Kein Deutschland ohne Oesterreich“ betreffe, so heiße dieses gar nichts Anderes, als wenn Oesterreich nicht kann oder will, so soll auch das übrige Deutschland sich nicht vereinigen können. Dies mache Alles vom Willen der österreichischen Regierung, d. h. des österreichischen Kaisers, abhängig, und wenn man dem nachgeben wolle, so käme man dann erst auf das eigentliche Kleindeutschland hinaus. Darum sollen wir uns von Oesterreich nicht abhalten lassen; aber unser Bestreben soll es sein, die österreichischen Brüder an uns zu ziehen, und wenn einst die Zeit kommt, sie selbst, als zu uns gehörig zu fordern. Was die preussische Gegenpartei betreffe, so sei es mit derselben nicht so arg, als man meint, und sei durch die Reichsvertretung, namentlich im Staatenhaufe, dafür gesorgt, daß ein eigentliches preussisches Uebergewicht nicht eintreten könne.

Als nächster Redner trat Prof. G e a r d t von Karlsruhe auf, und sprach, wie er sagte, im Auftrag des dortigen Vereins, und namentlich aber auch als geborner Oesterreicher. Er berührte in einem lichtvollen Vortrag das Verhältnis der Deutschen in Oesterreich, den übrigen österreichischen Staatsangehörigen und Deutschland gegenüber. Er sagte, daß es allerdings eine schmerzliche Lage der Deutsch-Oesterreicher sei, sich über ein näheres Zusammengehen mit ihren nichtdeutschen österreichischen Brüdern, mit denen sie so Vieles gemeinschaftlich erlitten, oder über einen engeren Anschluß an das übrige Deutschland, wobei der Verband mit jenen gelockert werden müßte, zu entscheiden. In diesem Sinn wolle er sich gern die Bezeichnung als „Schmerzgenosse“ gefallen lassen, zumal es in Deutschland, außerhalb Baden, fast lauter „Schmerzgenossen“ gebe. Für die Deutsch-Oesterreicher bestrebe eben jetzt ein Entweder — Oder. Entweder wünschen dieselben eine engere Vereinigung mit ihren übrigen österreichischen Reichsgenossen; dann sei ihre Aufgabe, für eine föderative Verfassung in Oesterreich zu wirken, die freiwillige Entwicklung anzupreisen, oder aber das übrige Deutschland in seinem Einigungsstreben nicht zu hindern. Dann gewinne auch Oesterreich, wenn Deutschland sich frei entwickeln könne, wegen der nicht ausbleibenden Rückwirkung. Oder Deutsch-Oesterreich schließt sich ohne Rücksicht an Deutschland an, und wenn auch dabei die innere Reichseinheit Oesterreichs verloren gehen sollte. Nur das Eine oder das Andere. Rückfragen dürften keine mehr genommen, das deutsche Vaterland müsse neu gegründet werden; lange genug habe man geungelt, wo das deutsche Vaterland ist; jetzt solle man sagen: Das ist das deutsche Vaterland.

Als letzter Redner bezüglich der deutschen Verfassungsfrage sprach noch Rechtskonsulent L e v i n g e r von Karlsruhe. Anknüpfend daran, daß 29 deutsche Regierungen die Reichsverfassung angenommen und zum Theil als Landesgesetz verkündet hätten, folgere er ebenfalls ihr rechtliches Bestehen, und begehrte dann noch, wo ein Ausbaue, namentlich bezüglich der Grundrechte, zu erstreben sei, und führte drei Hauptgrundrechte an, die noch nicht zur vollen Ausführung gelangt seien. Sie betreffen die Vereins- und Pressefreiheit, dann die nationale Erziehung, die von dem kirchlichen Einfluß ganz zu befreien sei, also insbesondere Reform der Volksschule als der Hochschule der Masse; endlich dann die allgemeine Wehrpflichtmachung des Volkes, um was es sich gerade jetzt in Preußen handle.

Die nun erfolgende Abstimmung ergab als Resultat, daß die ganze zahlreiche Versammlung den Beschlüssen der Koburger Generalversammlung einstimmig beiträt.

Als zweiter Gegenstand der Verhandlung wurde dann der Antrag zu einer Bestimmungserklärung bezüglich der Haltung des preussischen Abgeordneten H a u s e s in der Militärfrage eingebracht und von Hrn. Direktor Dr. P a m e y von hier begründet. Derselbe hob hervor, von welchem Werth eine solche Erklärung sei, da die Verfassungsverhältnisse in Preußen auch auf die übrigen in Deutschland zurückwirken. Es sei darum nöthig, die preussischen Abgeordneten zur Ausdauer zu ermuntern. Das junkerliche Bestreben in Preußen gehe dahin, die Landwehr und damit die allgemeine Wehrpflicht zu unterdrücken, einen militärischen Kastengeist einzuführen, um für alle Fälle in dem bevorzugten Linienmilitär ein bereitetes Werkzeug zu haben.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und dabei beschlossen, die Zustimmungadresse zu Händen des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, Hrn. Grabow in Prenzlau, gelangen zu lassen.

Nach Erledigung dieses Punktes traten noch drei Redner auf, Rechtskonsulent G e o r g i von Göttingen, Fabrikant Moritz M i l l e r von hier, und Buchhändler H o l m a n n von Karlsruhe.

Der Erstere sprach von der Nothwendigkeit, daß, nachdem wir Deutsche vom Denken zum Handeln gelangt, nun das Handeln an der Zeit sei. Man solle nun lebendige Reichsverfassungen schaffen, bei denen das Ober- wie das Unterhaus, sammt der Exekutive gut bestellt seien; er meine gute Turner. Die Turnerei soll gepflegt werden. — M. M i l l e r besprach das Bedürfnis einer guten politischen Presse und meinte, daß insbesondere die dem Volke in Tages- und Wochenblättern gebotene Lektüre eine andere sein sollte, als sie es bis jetzt war, was dadurch zu erreichen wäre, wenn gebildete, freimüthige und unabhängige Männer sich vereinigten würden, um solchen Blättern geeignete Beiträge zu liefern und für die Aufnahme zu sorgen. — Buchhändler H o l m a n n entgegnete, daß bezüglich der Lokalpresse schwerlich zu helfen sei, da die Verleger meistens von gar vielerlei abhängen. Nur ein größeres Parteiorgan könnte die rechten Dienste leisten. Die andere Partei habe ein solches Organ in der „Allgemeinen Zeitung“. Die nationale Partei könne auch ein solches erreichen, sie habe dasselbe bereits, nur bedürfe es der allgemeineren Verbreitung des Blattes, nämlich der „Süddeutschen Zeitung“, deren politischen Haltung er alle Anerkennung angedeihen ließ.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Inzwischen waren mehrere Telegramme eingelaufen, welche der Pforzheimer Versammlung die Freigabe auswärtiger Nationalvereins-Mitglieder brachten; so von Dresden, Leipzig, Nürnberg und aus dem Darmstädtischen; letzteres von Metz und Bückner unterzeichnet.

In der Schlussrede besprach der Vorsitzende die Wichtigkeit der gepflogenen Verhandlungen und suchte deren allseitigem Glauben zu begünstigen, als seien nur vergebliche Worte gesprochen worden. Mit einem Dankesvotum und einem Hoch auf die Stadt Pforzheim, welche in ihrem festlichen Gewande den Mitgliedern des Nationalvereins so freundlich entgegengekommen, wurden die Verhandlungen geschlossen. Abends war ein Banket im Gasthause zum Schwarzen Acker.

Aus dem Oberland, 29. Nov. (Schw. M.) Bezüglich der Preise des neuen Weines haben wir ein recht deutliches Bild erhalten, wie schnell die Eisenbahnen eine Angleichung bewirken. Bekanntlich standen die Weinpreise sogleich beim Beginn der Lese im Markgrafenland, am Kaiserstuhl, im Breisgau und in der Ortenau und ebenso auch am Bodensee sehr niedrig, dagegen im Unterland verhältnismäßig hoch. Kaum war dies bekannt, als die Käufer massenweise den wohlfeilen Wein kauften und den theuern liegen ließen. So hob sich denn der Preis des erstern ansehnlich (an manchen Orten um 8 bis 10 fl. per Dhm), und im Unterland wichen die Preise um 5—7 fl., ja noch für diese Preise ist die Kauflust nicht mehr vorhanden. Im Uebrigen ist zu bemerken, daß die Güte des diesjährigen Weines jetzt mehr anerkannt wird, als anfänglich geschehen ist, zumal dort, wo eine Spätlese stattgefunden hat.

B o m S c h w a r z w a l d, 3. Nov. Ein seltener, in so hohem Grad der Vollkommenheit noch nie dagewesener Kunstgenuss lockt gegenwärtig ganze Scharen von Besuchern in die Werkstätte des Hrn. Hubert W e l s i n g zu Unterkirch, wo dessen neuestes O r c h e s t r i o n, das großartigste und ingeniosste, welches der Schwarzwald bis dahin erzeugte, die zahlreiche Zuhörermenge durch den ausgezeichneten Vortrag seiner Musikstücke entzückt. Der geniale Künstler hat mit diesem Meisterwerk eine neue Bahn betreten, indem er den, diesen mechanischen Musikwerken stets gemachten Vorwurf der Orgel- und Spektakelmacherei vollständig über Bord warf. Entleidet aller modernen Effekthascherei, zeichnet sich dieses Orchesterion durch eine äußerst wohlthuend ansprechende harmonische Uebereinstimmung seiner sämmtlichen Tonqualitäten, sowie durch ein bewundernswürdiges Ebenmaß aller musikalischen Theile — sowohl im Einzelnen wie im Ganzen — von allen seinen Vorgängern auf das vortheilhafteste aus. Dieses Orchesterion spielt Musik, wahre, lebendige, seelenvolle Musik, und dies ist sein bahnbrechender Vorzug — ein Zeugniß tiefen Sinnes und Strebens und großer materieller Opfer, welche der Künstler der Erreichung dieses längst ersehnten Zieles widmete. Ein glänzender Erfolg hat dieses mühevollen Kunstingen gebrütet. Dieses Orchesterion ist bis zum 9. d. M. noch zu hören, und wird dann am 10. abgebrochen und verpackt werden, um sofort seine Reise nach Moskau, welches dieses herrliche Kunstwerk besigen wird, anzutreten.

### Bermischte Nachrichten.

— G e n f. Die hiesige deutsch-reformirte Kirche hat auf den Antrag des Pfarrers W a g n e r den Beschluß gefaßt, das apostolische Glaubensbekenntnis ad acta zu legen und eine von allen Dogmen freie Kirche der Vernunft zu bilden.

\* Vor einiger Zeit brachten die öffentlichen Blätter verschiedene Mittheilungen über das tragi-komische Schicksal des Ex-Notars T o u n e s, dessen Herrschaft über die Araucanier die Regierung von Chile ein so unerwartet rasches Ende machen ließ. Durch ein Schreiben aus Valparaiso erfahren wir nun, daß der Appellhof zu Santiago am 2. Sept. das Urtheil erster Instanz bestätigte, wonach „Sr. Maj. Aureliano L. König von Araucanien“ als seiner Vernunft beraubt in das Narrenhaus von Santiago eingesperrt werden und dort verbleiben soll, bis seine Familie in Frankreich ihn, behufs Rückkehr nach der Heimath, durch den franz. Vertreter reklamiren lassen wird.

W i e n, 3. Nov. Bei der heute stattgefundenen Gewinnziehung der österreichischen 500-fl.-L o s e von 1860 fielen auf folgende Nummern die beigefügten Prämien: Serie 8163, Nr. 18 300,000 fl.; Serie 8173, Nr. 17 50,000 fl.; Serie 9303, Nr. 6 25,000 fl.; Serie 19,093, Nr. 6 und Serie 8947, Nr. 13 je 20,000 fl.; Serie 16,402, Nr. 3 und Serie 6145, Nr. 19 je 5000 fl.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Rosenlein.

